

## **Resolution**

verabschiedet auf der LDK am 15. Nov. 2003 in Oldenburg

### **AKW stADE**

#### **... neue Energie kommt!**

Entwurf einer Resolution der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen Niedersachsen am 15. November 2003 in Oldenburg

In diesem Monat, November 2003 wird das Atomkraftwerk Stade endgültig abgeschaltet werden. Die Abschaltung geschieht in der Umsetzung der „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juli 2000“, die nach mehrjähriger Verhandlung von der rot-grünen Bundesregierung und den Vertretern der Atomindustrie unterzeichnet worden war.

Die Abschaltung des Reaktors in Stade ist ein erster großer Schritt zur Beendigung des atomaren Risikos in der Bundesrepublik. Vor diesem Schritt lagen mehr als 25 Jahre gesellschaftlicher Auseinandersetzung um die Gefahren der Atomkraft. Spätestens seit der Atomkatastrophe von Tschernobyl ist eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik gegen die Nutzung der Atomenergie. Aber es dauerte von 1986 noch bis zum Jahr 2003, bis heute, bis dieser Mehrheitswille durchgesetzt werden konnte.

Die Grünen in Niedersachsen sind froh und erleichtert, dass in Stade der Ausstieg aus der Atomenergie beginnt. Bürger von Stade hatten nicht nur immer wieder gegen den Betrieb des Schrottreaktors protestiert, sondern auch langjährige Prozesse geführt. Die Sicherheitsmängel des Reaktordruckbehälters haben viele Wissenschaftler, Generationen von grünen Landtagsabgeordneten und die rot-grüne Landesregierung von 1990 bis 1994 beschäftigt. Mit der Abschaltung wird in Stade ein Ziel erreicht, für das wir in Esenshamm, Grohnde, Lingen und an allen anderen AKW-Standorten noch weiter kämpfen müssen.

Die Umsetzung des Konsensvertrages ist nicht als Selbstverständlichkeit zu sehen. Trotz einer erschreckenden Störfallbilanz deutscher Atomkraftwerke in den letzten Jahren ( Esenshamm, Biblis, Brunsbüttel und Philippsburg) gibt es immer wieder Anläufe, um den Konsens zu kippen. Nicht nur die niedersächsische Landesregierung unter der Führung von Christian Wulff, sondern CDU und FDP insgesamt propagieren eine Ausweitung der Laufzeiten der alten Reaktoren und wollen den Bau neuer Atomkraftwerke in der Bundesrepublik nicht ausschließen. Die Ablehnung des Gesetzes zur Förderung der Erneuerbaren Energien hat in CDU/CSU und FDP schon Tradition. Die niedersächsischen Grünen werden alles daran setzen, diese unverantwortliche und unvernünftige Politik zu stoppen. Unser Ziel bleibt es, die Laufzeiten

möglichst zu verkürzen. Störfälle und Pannen in den laufenden AKW zeigen immer wieder, dass nur ein stillgelegtes AKW sicher ist.

Der Umbau der Energiewirtschaft sichert die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik am besten gegen eine neue atomare Strategie ab. Die Erfolgsgeschichte des Erneuerbare Energien Gesetzes und der Boom für Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse zeigen, dass wir den Ausstieg aus der Atomenergie und ehrgeizigen Klimaschutz vereinbaren können. Wir stehen in Niedersachsen und im Bund für eine Politik, die fossile Ressourcen schont und Risiken minimiert. Rationelle Energieerzeugung und -nutzung und der konsequente Ausbau der Erneuerbaren garantieren eine Zukunft ohne Atomstrom und viele Tausend neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Dafür werden wir weiter in die Offensive gehen, gemeinsam mit dem Grünen Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

### **Stopp Castor! Neue Endlagersuche!**

Die Niedersächsischen Grünen unterstützen weiterhin die Proteste anlässlich der Atomtransporte ins Wendland. Viele von uns haben sich in den letzten Tagen an den gewaltfreien Demonstrationen und Aktionen beteiligt. Wir Niedersächsischen Grünen bekräftigen damit unsere Forderung nach einem verantwortbaren Vorgehen bei der Suche nach einem Endlager. Wir halten den Salzstock Gorleben für ungeeignet als Endlager und lehnen die von der niedersächsischen Landesregierung geforderte Beendigung des Moratoriums ab. Wir halten auch den Druck der Landesregierung auf die Inbetriebnahme von Schacht Konrad für verantwortungslos, denn auch ein Endlager für nicht-wärmeentwickelnden Müll darf nicht ohne Vergleich und legitimierte Sicherheitskriterien in Betrieb genommen werden. Wir unterstützen die Vorschläge des AK End für ein vergleichendes, transparentes und an gesetzlich geregelten Sicherheitskriterien orientierten Standortsuchverfahren. Dass CDU, FDP und die Atomindustrie eine vergleichende Standortsuche ablehnen zeigt, dass sie alle wissen, dass der Salzstock Gorleben in diesem Vergleich nicht bestehen könnte. Wir fordern Umweltminister Sander und Ministerpräsidenten Wulff auf, endlich zur Vernunft zu kommen und den von Wissenschaftlern vorgeschlagenen Weg bei der Endlagersuche zu gehen. Gemessen an den Risiken eines ungeeigneten Endlagers für Atom-müll sind die Kosten von maximal 500 - 700 Mill. Euro für eine neue Suche gering. Das Land Niedersachsen darf sich nicht als Atommüllkippe verkaufen. Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen heißt für uns, dass die Versäumnisse und Mängel der Endlagersuche endlich behoben werden müssen. Die niedersächsischen Grünen unterstützen deshalb die Vorschläge zum weiteren Suchverfahren und dessen Finanzierung durch die Verursacher, die Jürgen Trittin im Rahmen des Atomrechtssymposiums im Oktober diesen Jahres in Köln vorgestellt hat.